

2018-03-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 28.02.2018

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: Soll: 51 Ist: 35

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der stimmberechtigten Mitglieder; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 32 Stimmberechtigten fest.

Er informierte darüber, dass Herr Bönecke, ehemaliger Vorsitzender der Fraktion Pro Dessau-Roßlau, aus persönlichen Gründen auf sein Stadtratsmandat verzichtet hat.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Kuras gab bekannt, dass er unter dem Tagesordnungspunkt 9 – nichtöffentliche Anfragen und Information – über eine Personal- und Organisationsangelegenheit informieren wird.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, stellte bezüglich der unter den Tagesordnungspunkten 8.4 und 8.5 nichtöffentlich eingeordneten Beschlussvorlagen die Frage, warum diese in den Ausschüssen öffentlich behandelt wurden.

In Vertretung der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, dass aufgrund eines Hinweises des Kommunalen Sitzungsdienstes die Beschlussvorlagen noch einmal einer entsprechenden Prüfung unterzogen wurden mit dem Ergebnis, dass es zum einen um einen Kaufpreis und zum anderen um Vergaben geht. Deshalb wurden beide Beschlussvorlagen jetzt dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet.

Herr Meister zog weiterhin die Beschlussvorlage 003/2018/III-61 zurück, da die dort befindliche Anlage 5 nicht vollständig ausgereicht wurde. Diese wird in Abstimmung mit dem Investor zur nächsten Stadtratssitzung am 21.03.2018 erneut eingebracht.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, welche Auswirkungen diese Entscheidung hat, legte **Herr Meister** dar, dass die Beschlussfassung erst in 3 Wochen erfolgen kann. Da der Flächennutzungsplan nach außen noch keine Rechtswirkung entfaltet und parallel am Bebauungsplanverfahren gearbeitet wird, ist keine direkte Beeinflussung festzustellen. Allerdings wird das noch von der oberen Behörde geprüft, sodass es dort zu einem kleinen Zeitverzug kommen kann.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form beschlossen (33:00:00).

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Busch, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zur Sitzung.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2017

Der Niederschrift vom 06.12.2017 wurde mehrheitlich zugestimmt (30:00:03).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras bezog sich in seinem Bericht zunächst auf den am 7. Januar 2018 stattgefundenen Neujahrsempfang, welcher die Gelegenheit bot, gemeinsam mit den Stadträtinnen und Stadträten und weiteren hochrangiger Gäste über das noch vor uns liegende und bisher Erreichte zu sprechen. Die Staatskanzlei informierte, dass anlässlich des Bauhausjubiläums im kommenden Jahr, der Neujahrsempfang der Landesregierung am 09. Januar 2019 in unserer Stadt stattfinden wird.

Wenige Tage später fanden im Rahmen der Halbzeitbilanz Gespräche mit Vertretern der Presse über die Erfolge und Herausforderungen während der Amtszeit des Oberbürgermeisters statt. Ausdrücklich betonte er, dass es sich nicht um eine „One-Man-Show“ handelt, sondern das Werk aller ist, die sich für das Wohl unserer Stadt einsetzen. Grundvoraussetzung ist dabei das gute Arbeitsklima zwischen dem Stadtrat und der Verwaltung. Für diese vertrauensvolle Zusammenarbeit sprach er den Stadträtinnen und Stadträten, auch im Namen der Beigeordneten, noch einmal seinen Dank aus.

Kurzer Rückblick

Bereits zum Neujahrsempfang hat er, Herr Oberbürgermeister Kuras, die Fortführung seiner **Wirtschaftsoffensive** angekündigt und vor allem, die mittelständischen Betriebe unserer Stadt in den Fokus zu nehmen – die sogenannten „Hidden Champions“, also eher unbekannte Unternehmen, die aber Großartiges leisten. Begonnen wurde am 21. Februar mit einem **Firmenbesuch** der Novotrend GmbH, einem IT-Dienstleister in Dessau-Ziebigk. Weiter geht es am 9. März mit dem Autohaus Peter, einem wichtigen Arbeitgeber und Sponsor in unserer Stadt. Am 12. April wird der 3. Besuch bei der Relistics stattfinden, einem weltweit angesehenen Dienstleister im Eisenbahntechnologiebereich.

Neben den klein- und mittelständischen Unternehmen gibt es aber auch interessante Gründergeschichten in unserer Stadt, die noch bekannter gemacht werden müssen, wie z. B. Frau Schuster, Geschäftsführerin der GmbH „**UnserParkplatz**“. Sie ist eine Dessauer Gründerin, die von München zurück in unsere Stadt gezogen ist und eine europaweite Lösung für die LKW-Stellplatzsuche entwickelt hat. Am 19. März wird eine überregionale Veranstaltung in Dessau stattfinden, zu der auch der Städte- und Gemeindebund eingeladen hat.

Ein weiterer bundesweit bedeutsamer Kongress wird am 10. und 11. Oktober in unserer Stadt zu Gast sein: Der **Netzwerk21Kongress**. Am 24. Januar hatte die Grüne Liga Berlin in das UBA eingeladen und gemeinsam wurde am Programmablauf und den städtische Aktivitäten für den Oktober gefeilt.

Sehr zufrieden war er mit der Gedenkveranstaltung für die **Opfer des Faschismus** am 27. Januar in der Marienkirche. Damit wurde in diesem Jahr ein

würdiger alternativer Gedenkort gefunden und es gab neben der Nichtverfügbarkeit des Mahnmals für die Opfer des Faschismus eine weitere Besonderheit. Es wurde eine besondere Opfergruppe in den Focus genommen, nämlich die Sinti und Roma in Anhalt. Es ist insbesondere Frau Jana Müller vom Alternativen Jugendzentrum zu verdanken, dass diese Veranstaltung so stattfinden konnte.

Ebenso gelungen war die Eröffnung des **26. Kurt-Weill-Festes** am vergangenen Freitag im großen Haus des Anhaltischen Theaters. Zahlreiche Stadträte waren anwesend. Es gab ein großartiges Eröffnungskonzert, wo insbesondere die Anhaltische Philharmonie, aber auch der Artist-in-Residence Till Brönner, eine gute Vorstellung geboten hat. Jan Josef Liefers war am Samstag zu Gast. Freuen kann man sich auf die Premiere der Dreigroschenoper am kommenden Freitag, wodurch unsere Stadt ihr klingendes Wahrzeichen zurückerhält. Auch das Rathaus beteiligt sich, so ertönt das Glockenspiel unseres Rathauses bereits täglich mit dem Mackie-Messer-Song und stellt damit einen musi-

kalischen Bezug zum Kurt-Weill-Fest her, dessen Programm noch bis zum 11. März läuft.

Erfreuliches gibt es vom 1. März zu berichten, als uns der Finanzminister André Schröder einen Besuch abgestattet hat. Mit dabei hatte er einen Fördermittelbescheid im Gesamtwert von 1,14 Millionen Euro, mit dem die **Sanierung der Turnhalle der Ganztagschule Zoberberg** vorangetrieben wird. Rund 990.000 Euro sind europäische Fördermittel, mehr als 140.000 Euro steuert das Land bei. Insgesamt mehr als zwei Millionen Euro wird die Sanierung insgesamt kosten, die wir bis zum Jahr 2020 realisieren werden.

Ein weiterer hochrangiger Besuch konnte am vergangenen Sonntag mit der Moses Mendelssohn Stiftung empfangen werden. Gemeinsam wurde dem in den USA lebenden Professor für jüdische Geschichte, dem 82-jährigen Ismar Schorsch, der **Moses-Mendelssohn-Preis** im Foyer des Anhaltischen Theaters verliehen. In den Tagen herum fanden verschiedene Aktivitäten des Moses-Mendelssohn-Zentrum statt, wofür er Frau Bürgermeisterin Nußbeck den Dank aussprach. Es gelingt immer besser, die beiden Themen Kurt-Weill und Moses Mendelssohn zu verbinden.

Fast zeitgleich fand am vergangenen Samstag der **Aktionstag der seltenen Krankheiten** im städtischen Klinikum statt. Es ist das bundesweit größte Selbsthilfetreffen zum diesem Thema, weshalb es sich der Schirmherr Dr. Reiner Haseloff auch nicht nehmen ließ, wieder persönlich vor Ort zu sein und die Arbeit der Mitwirkenden zu würdigen. Es war schön zu sehen, wie sich unser Städtisches Klinikum dieser vielen Selbsthilfegruppen angeboten hat. Er dankte dem Städtischen Klinikum dessen Mühen.

Am 11. Februar waren wieder tausende Menschen auf den Beinen beim großen **Dessauer Karnevalsumzug**. Es war eine tolle Stimmung in der Stadt. Er dankte allen, die erneut ihren Teil dazu beigetragen haben, um gute Laune zu verbreiten.

Gestern Abend hat die Umweltministerin Dalbert im Umweltbundesamt eine Regionalkonferenz zum Hochwasserschutz gegeben. Hier konnten einige Worte zu den Themen in Dessau gesagt werden, was ein konstruktiver Ansatz war. Er hat den Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz noch einmal ausdrücklich dargestellt und gesagt, dass dieser entfristet wurde und öffentlich stattfindet. Mit großer Transparenz sollen die Fragen des Hochwasserschutzes weiter betrieben werden. In den letzten Jahren wurden 40 Kilometer (von 54) Deichlänge auf DIN-Standard gebracht.

Aktueller Arbeitsstand

- **Sanierung Rathaus:** Mit der Sanierung der Turmhaube wurde Mitte Januar begonnen. Die Abbrucharbeiten der alten Schiefereindeckung sind abgeschlossen. Zurzeit sind seit Anfang Februar durch die niedrigen

Außentemperaturen witterungsbedingt bau- und arbeitssicherheitstechnisch keine Instandsetzungsarbeiten am Rathausturm möglich. Die Arbeiten werden bei zulässigen Witterungsbedingungen unverzüglich wieder aufgenommen.

- Nachdem Ansehen des Baufortschrittes im **Standesamt** kann versprochen werden, dass nach dem Abschluss der Arbeiten (etwa Mitte März) unser Standesamt in einem völlig neuen Glanz erstrahlen wird.
- **Sanierung Georgium:** Die Sanierungsarbeiten laufen weiter. Am 25. Januar hat sich eine große Runde ein Bild zur baulichen Umsetzung vor Ort gemacht und am Nutzungskonzept für die Anhaltische Gemäldegalerie gefeilt. Durch das Land wurden weitere Fördermittel aus dem Bereich der Kulturförderung in Aussicht gestellt. Entsprechende Anträge sollen durch die Stadtverwaltung im ersten Quartal 2018 gestellt werden.
- **Ersatzneubau Südschwimmhalle:** Zurzeit laufen die Restarbeiten des Innenausbaus und die notwendigen Komplettierungen auf Hochtouren. In Abhängigkeit der Witterung, werden die Arbeiten an den Außenanlagen wieder aufgenommen, sodass nach der Bauabnahme Ende März voraussichtlich im Mai mit dem Probebetrieb begonnen werden kann.
- **Ersatzneubau Muldebrücke:** Außenanlagen, Freitreppen und Wasserbaupflaster wurden eingebaut. Der Rückbau der Baustelleneinrichtung ist zum größten Teil erfolgt. Im Bereich der nördlichen Löschwasserentnahmestelle konnten die Wasserbauarbeiten aufgrund des Wasserstandes der Mulde bislang noch nicht abgeschlossen werden. Dadurch bedingt sind die notwendigen Begrünungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen auf der südlichen Seite nicht abgeschlossen. Alle anderen Oberboden- und Pflanzarbeiten wurden bis Ende 2017 weitestgehend abgeschlossen.
- **Soziale Integration im Quartier:** Nachdem uns am 6. Dezember des vergangenen Jahres durch den Landesverkehrsminister Webel ein Förderbescheid von insgesamt 3,44 Mio. EUR übereicht wurde, wird nach Vorlage des verbindlichen Nutzungskonzeptes für die Sanierung der sozialen Begegnungsstelle in der Törtener Straße die europaweite Ausschreibung für die Planungsleistungen erfolgen.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor

Aus dem Kommunalen Bildungsbüro

- Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens für die neue **BIWAQ-Förderrichtlinie** (Bildung-Wirtschaft-Arbeit im Quartier) hat das Dezernat V fristgerecht zum 14. Dezember einen Antrag zur Prüfung abgegeben.

- Bei der Zuschlagserteilung soll schwerpunktmäßig das Quartier „Leipziger Tor“ von dieser Förderrichtlinie mit einem Gesamtvolumen von ca. 1,6 Mio. Euro profitieren. Eine Verknüpfung mit dem Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ ist angestrebt und beide Programme sollen die Entwicklung in diesem Stadtteil positiv voranbringen.
- Förderzeitraum sind die Jahre 2019 bis 2022.

Aus dem Schulbereich

- Zur Schaffung eines zusätzlichen temporären Unterrichtsraumes wurde auf dem Schulgrundstück der Grundschule Waldersee am 12. Februar mit dem Aufbau eines **Schulcontainers** begonnen, wie in der Beschlussvorlage 180/2017 beschlossen.

Aus dem Referat für Sportförderung

- Am 28. Dezember waren wieder zahlreiche ehemalige Fußballprofis und Fußballlegenden in der Anhalt Arena bei den **Heise Masters** zu erleben.
- Das internationale Hallenfußballturnier um den **FORD-CUP** fand am 14. Januar statt.
- Eine Woche später fand das 19. internationale Handballturnier um den „**Peugeot-Cup**“ statt. Mit dabei waren erstmalig sechs Bundesligamannschaften aus der stärksten Handballliga der Welt. Im Finale siegte der SC Magdeburg.
- Bereits zum 24. Mal standen sich am letzten Januar-Wochenende die besten U 11-Juniorenteams Deutschlands beim **Allianz-Cup** in der Anhalt Arena gegenüber.
- Der Dessau-Roßlauer Sportwinter endete mit einem internationalen Highlight, dem Tischtennis-Länderspiel der Damen.

Aus dem Amt für Kultur

- Nach der zweimonatigen Winterschließzeit sind das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte sowie das Museum für Stadtgeschichte wieder geöffnet. Neben den Dauerausstellungen präsentieren beide Häuser Sonderausstellungen unter den Titeln: „Klima und Wandel“ und „Was übrig bleibt“.

Bauhausjubiläum 2019

Gegenwärtig wird das 100jährige Bestehen des Bauhauses im Jahr 2019 vorbereitet. Ein wichtiges Kooperationsprojekt zwischen der Stiftung Bauhaus, der Hochschule Anhalt und der Stadt sind die sogenannten „Passagen“. In diesem Projekt sollen unter anderem die räumlichen Verbindungen zwischen dem Dessauer Stadtzentrum und dem Bauhausgebäude geschaffen, entdeckt und zum Experimentierfeld für die Gestaltung von Mobilität und öffentlichen Räumen inszeniert werden. Dabei sollen insbesondere die Beziehungen zwischen dem Bauhaus und der Stadt als auch die funktionalen verkehrlichen Verbindungen thematisiert werden.

In Kooperation mit der Stiftung Bauhaus Dessau und der Hochschule Anhalt hat die Stadt fünf Hochschulen eingeladen, den Bereich zwischen dem Historischen Bauhaus und dem neuen Bauhausmuseum zu betrachten. Anliegen ist

es, die neue Wegebeziehung aufzugreifen und künstlerisch zu gestalten. Die teilnehmenden Hochschulen werden ihre Arbeiten am 22. März im Bauhaus präsentieren, wozu Herr Oberbürgermeister Kuras eingeladen hat.

Abschließend informierte Herr Oberbürgermeister Kuras über eine an Blutkrebs erkrankte Mitarbeiterin im Haupt- und Personalamt, der nach der Expertise der Ärzte nur noch eine Stammzellenspende das Leben retten kann. Die junge Frau hat einen Sohn und möchte natürlich wieder gesund werden. Deshalb möchte er zu einer Typisierungsaktion der Stadtverwaltung aufrufen, welche am 8. März im Roßlauer Rathaus und am 13. März im Dessauer Rathaus, jeweils in der Zeit von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr stattfinden wird. Zugelassen sind Personen zwischen 18 und 50 Jahren, die auch gesund sein sollten. Er bat dieser Kollegin zu helfen und an der Typisierung teilzunehmen. Ein entsprechender Flyer werde noch verteilt.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erschienen Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen und Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 06.12.2017 wurde der nichtöffentliche Beschluss zur Übertragung von Abwasseranlagen beschlossen.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Karl-Heinz Richter, Ziegelellern 18, 06847 Dessau-Roßlau, vertrat die Organisation „Biker zeigen Herz für Kinder“. Nach erfolgreichem Auftakt von „Biker zeigen Herz für Kinder“ im Jahr 2016 zugunsten der Kinderstation des Dessauer Klinikums und 2017 zugunsten der Neugestaltung des Spielplatzes im Kinderheim „Wolkenfrei“ will die Organisation auch im Jahr 2018 ein Projekt unterstützen. Gemeinsam mit der Stadt habe man sich für die Unterstützung der Förderschule für Körperbehinderte „An der Muldaue“ in Dessau entschieden. Mit allen Bikern und Bürgern der Stadt soll Geld gesammelt werden, um den Bolzplatz herzurichten. Dieser sei baulich gesperrt, diene nicht nur zum Spielen, sondern war auch eine wichtige Stätte für Therapiestunden. Am 03.03.2018, 19 Uhr findet unter dem Motto „Musik schafft Zukunft“ die Auftaktveranstaltung in Form eines Benefizkonzerts im Saal des Golfparks statt. Der Eintritt i. H. v. 15 EUR wird komplett für die Sanierung des Bolzplatzes verwendet. Er lud alle Stadträte und Mitbürger zum Konzert ein. Im Falle der Verhinderung besteht die Möglichkeit, an die im Amtsblatt veröffentlichte Kontonummer zu spenden. Er wies daraufhin, dass am 29.04.2018 von der Organisation eine große Motorradausfahrt auf dem Flugplatz ausgerichtet wird. Letztes Jahr waren 750 Motorräder vertreten. Das Startgeld von 10 EUR kommt ebenfalls dem Bolzplatz zugute.

Herr Olaf Königer, Wildfuhre 10, 06847 Dessau-Roßlau, Firmenbesitzer in der Ludwigshafener Straße 73, 06842 Dessau-Roßlau, schilderte, im Januar über die

Presse erfahren zu haben, dass die Ludwigshafener Straße, die ihren Namen bereits seit 25 Jahren trägt, in Helmut-Kohl-Straße umbenannt wurde. Den meisten Anwohnern sei der Artikel im Amtsblatt entgangen. Nach dem sie davon erfahren haben, seien sie hilfeersuchend auf ihn zugetreten. Man könne nur versuchen, den Stadtrat dazu zu bewegen, die Entscheidung zu ändern und eine Unterschriftensammlung zu starten, war seine Antwort. Am 16.01.2018 startete er die 42 Tage lange Unterschriftensammlung über die Plattform „openPetition“. Er habe 747 Unterschriften gesammelt, darunter 572 aus Dessau, sowie 30 Kommentare. Diese übergab er an den Stadtratsvorsitzenden.

Herr Rene Diederling, Ankuhn 10, 06847 Dessau-Roßlau, wandte sich an den Oberbürgermeister, der ein Discozelt errichten bzw. es nach Dessau holen möchte. Herr Diederling und andere Diskothekenbetreiber in Dessau möchten wissen, ob ihm bekannt ist, dass sich die Betreiber in Dessau Woche für Woche Gedanken machen, wie sie Jugendliche anlocken und dass er sie mit solchen Plänen verunsichert und vor den Kopf stößt. Ferner fragte er, ob der Oberbürgermeister bereit ist, sich mit den Betreibern zusammzusetzen, um deren Konzepte kennenzulernen bzw. gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Ein Discozelt sei für sie mit einem unternehmerischen Risiko verbunden. Diesbezüglich sehen die Betreiber Probleme auf sie zukommen.

Herr Oberbürgermeister Kuras sagte erwidern, dass Dessau-Roßlau die Stadt mit der schlechtesten Demografie in Deutschland ist. Man müsse mehr für die Jugendkultur tun. Ein Discozelt, was sich ohnehin nur drei bis sechs Monate in der Stadt aufhalten wird, weil es von Stadt zu Stadt zieht, sei nicht die alleinige Lösung, aber ein Bestandteil dessen. Als das Zelt im vergangenen Jahr in Wittenberg stand, sind Hunderte bis Tausende Jugendliche von Dessau nach Wittenberg oder Leipzig gefahren - diesen Zustand möchte er beenden. Er möchte vielmehr, dass Jugendliche auch aus dem Umfeld wieder nach Dessau kommen. Dessau sei Oberzentrum und habe eine Versorgungsfunktion. Selbstverständlich sei er gesprächsbereit. Mit dem Betreiber der Kulturfabrik sei ein erstes, ausführliches Gespräch geführt worden. Er bat Herrn Diederling um Koordinierung eines Gespräches mit mehreren Anbietern, um die Jugendkultur in Dessau-Roßlau befördern zu können. Der Beatclub hat geschlossen. Der Betreiber ist nach Leipzig gezogen und betreibt dort den Felsenkeller. Die Region um den Felsenkeller werde laut Angaben des Betreibers „Klein-Dessau“ genannt, weil die ganzen Dessauer Jugendlichen nach Leipzig fahren. Dies möchte er beenden und wenn er es mit der Hilfe von Herrn Diederling könne, sei es umso besser.

Herr Mario Heller, Ankuhn 14 b, 06847 Dessau-Roßlau, führt in Dessau eine Spedition und seit anderthalb Jahren den H1 Soundkeller in der Alten Brauerei. Weil es heißt, dass die Dessauer Jugend von hier wegzieht, hat er Statistik geführt. Momentan besuchen auch Jugendliche aus dem Harz, Leipzig, Berlin und Potsdam Veranstaltungen im H1 Soundkeller. Ein Discozelt, welches Aktionen wie 99ct Partys oder 7 Getränke für 5 EUR anbietet, zerstöre das Geschäft in Dessau. Selbst wenn es sich nur um ein Viertel- oder Halbjahr handelt, können die Betreiber in Dessau ihre Läden schließen. Während das Discozelt in Wittenberg stand, hatte der C.L.U.B. Velvet geschlossen, weil das Zelt ihn kaputt gemacht hat. Die Dessauer Betreiber zahlen ihre Steuern hier, der Discozelt-Betreiber kommt aber aus Brandenburg, somit bleibe kein Cent Steuern in Dessau, maximal die Standmiete. Als Betreiber habe er

Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern. Er unterstütze den Brauhaus-Verein damit, die alte Brauerei wiederzubeleben, man müsse kein Discozelt aufstellen.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass man ihm glauben könne, dass viele Personen nach Wittenberg gefahren sind. Er möchte, wenn auch nur für einige Monate, die Leute überregional anlocken, von denen Herr Heller im Anschluss vielleicht auch etwas hat. In Wittenberg war vom Discozelt nur der unmittelbar gegenüberliegende C.L.U.B. Velvet betroffen, welcher zeitweilig den Betrieb eingestellt hat. In der Innenstadt von Wittenberg hatte nicht eine einzige Gaststätte nennenswerte Einbußen, in Dessau werde das Zelt auf dem Flugplatz aufgestellt. Er bat darum, nicht den Teufel an die Wand zu malen, sondern gemeinsam zu versuchen, etwas zu erreichen.

Frau Gerlinde Lechler, Alexandrastraße 1, 06844 Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Friedhofstraße 22 – 30, hier Pressemitteilung der DWG vom 16.03.2017, weil diese nicht zurückgenommen wurde und sie darin als Lügnerin dargestellt wird. Sie betonte, dass die in der Pressemitteilung genannte DIN nicht mehr gilt. Es gelte die DIN 18040-2 R, wenn es um rollstuhlfahrgerechte Wohnungen geht. An dem Haus mussten keine speziellen Umbauten für Barrierefreiheit erfolgen, da es bereits barrierefrei gebaut wurde. Die Übereinstimmung mit der DIN-Norm habe sie vor Ort nachgemessen. Der Block sei gerade noch im Rahmen, daher ist sie gegen die Behauptung der DWG, der Block wäre nicht barrierefrei und müsse abgerissen werden. Da die Fahrstuhlzugänge in diesem P2-Typ auch aus Gehweghöhe erreichbar wären, gebe es bei einem Einbau 40 barrierefreie 3-Raum-Wohnungen plus der 10 rollstuhlfahrgerechten Wohnungen.

Frau Lechler fragte, ob ein Gespräch mit einem der potentiellen Investoren geführt wurde und wie dieses ausging. Die Vorsitzende des Stadtbezirksbeirates innerstädtisch Mitte, Süd, Frau Rieche, habe bis heute keine Nachricht erhalten.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte, dass es ein Gespräch mit dem Kaufinteressenten gegeben hat, der ein in der Stadt bekannter Unternehmer sei. Er wäre laut der Beigeordneten Frau Schlonski zum Erwerb und zur Sanierung bereit. Die DWG habe jedoch mitgeteilt, dass es noch keine offiziellen Informationen dazu gebe, darum habe er den Interessenten gebeten, das Angebot nochmal offiziell zu unterbreiten. Dies sei bisher nicht passiert. Im Anschluss würde der Aufsichtsrat der DWG darüber entscheiden, nicht der Oberbürgermeister selbst.

Aufgabe des Aufsichtsrates ist, zu kontrollieren, ob die DWG als eine kommunale Einrichtung die Ziele erfüllt, für die sie eingesetzt wurde, so **Frau Lechler**. Zur Erfüllung gehört, barrierefreie Wohnungen bereitzustellen. Es gebe jedoch keine rollstuhlfahrgerechten, außer die zehn, die nun abgerissen werden sollen. Sie bat an Stelle des allgemeinen Abriss-Geredes um Einrichtung einer Kommission aus Fachleuten, die eine Vorortprüfung vornehmen. Frau Passlack, Geschäftsführerin der DWG, spreche von Alternativlosigkeit, die so nicht wahr sei. Es gebe bereits einen dritten Interessenten für den Block.

Herr Oberbürgermeister Kuras wiederholte, dass der Aufsichtsrat entscheidet und die Auffassung des Aufsichtsrates laut den Übermittlungen von Frau Schlonski eher dahin gehe, bei der Abrissentscheidung zu bleiben.

Frau Lechler nahm Bezug auf die fünf Punkthäuser in der Franzstraße, wovon drei der DWG gehören. Eins ist halb bewohnt, die anderen beiden stehen leer. Davon soll

eins abgerissen und das andere verkauft werden. Frau Lechler schlug vor, die Häuser mit jeweils einem seitlichen Fahrstuhl aufzurüsten, sodass man barrierefrei in jede Etage gehen könne. Es handle sich um 24 Einraumwohnungen pro Haus á 33 qm und fünf Fünfraumwohnungen. Ihr solle nachgewiesen werden, dass solche Wohnungen in diesem Bezirk nicht benötigt werden, zumal die Wohnungsgenossenschaft Dessau angegeben hat, an einem der Punkthäuser einen Fahrstuhl anbauen zu werden. Frau Passlack habe ihr mitgeteilt, dass die DWG in der Ackerstraße 1 – 8 barrierearme Wohnungen für Rentner einrichten will, jedoch müsse man dort zunächst die Treppe hinaufsteigen, um über den Fahrstuhl zu den 3-Raum-Wohnungen zu gelangen. In dem Gebiet wohnen Leute mit wenig Geld, in Einraumwohnungen können auch jüngere Leute ziehen. Inzwischen seien bereits die Bäume gefällt worden, geplant seien Platten vor den Fassaden; mit den Bewohnern sei nicht gesprochen worden. Sie habe mit vier Personen gesprochen, die ausziehen wollen, weil sie die Modernisierung weder wollen, noch bezahlen können.

Des Weiteren wurde ihr mitgeteilt, dass es im Gebiet am Leipziger Tor genügend altersgerechte Wohnungen gibt. Es gebe dort eine Menge Pflegeheime und Einrichtungen für betreutes Wohnen. Dies sei jedoch nicht mit eigenen Wohnungen zu vergleichen. Man brauche in dem Gebiet insbesondere im Niedrigpreisbereich Wohnungen, die über einen Fahrstuhl verfügen. Im Auftrag des Stadtbezirksbeirates innerstädtisch Mitte, Süd teilte Frau Lechler mit, dass die Bewohner vor Entscheidungsfindungen einbezogen werden sollen, statt sie im Nachgang lediglich über Entscheidungen zu informieren. Auch die Stadtbezirksbeiräte wünschen sich mehr Beteiligung. Sie bat um einen Stopp bis zu der Entscheidung, was mit dem gesamten Gebiet passiert.

Herr Oliver Rodriguez, Junkersstraße 111 a, 06847 Dessau-Roßlau, Betreiber des Bowlingparks und des Flower Power, bezog sich auf das Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters hinsichtlich des Discozeltes. Die Betreiber der Diskotheken fühlen sich Außenvorgelassen und würden das Thema gern konkretisieren, um eventuell einen Kompromiss zu finden. Die Gastronomiebetreiber rund um die Zerbster Straße und das Landhaus Dessau bemühen sich seit Jahren um ein Kulturangebot, haben viel Geld in die Hand genommen und ebenso verloren, auch haben sie gewisse Existenzängste. Sie sitzen Woche für Woche zusammen und versuchen, in dieser Stadt etwas zu bewegen – im Online-Marketing, über gemeinsame Aktionen. Dies wollen sie gern mit dem Oberbürgermeister besprechen.

Herr Oberbürgermeister Kuras beteuerte, dass seine Einladung steht. Herr Rathmann, Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, koordiniert die Termine.

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau, verwies auf den in der Stadtratssitzung vom 06.12.2017 von Frau Bürgermeisterin Nußbeck vorgestellten Haushalt 2018. Sie informierte, dass es in Zukunft nicht mehr möglich ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern fortan Schulden anfallen. Für 2018 seien es 7,4 Mio. EUR. Dies sei schlecht für die Stadt und habe mit Sicherheit Auswirkungen. Wenn kein Geld vorhanden ist, müsse man sparen. Dies scheinen die Stadtratsmitglieder nicht realisiert zu haben. Ein paar Tagesordnungspunkte weiter habe man in der Sitzung großzügig nicht vorhandenes Geld verschenkt. **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** unterbrach Herr Behrendt und bat um Fragestellung. Er wies daraufhin, dass sich der Stadtrat noch in der Haushaltsdiskussion befindet. Zudem bat er darum, die Stadträte nicht zu beleidigen, sonst werde ihm das Wort sofort ent-

zogen. **Herr Behrendt** wies die Beschuldigung von sich. Er sagte ferner, dass das Geld bereits ausgegeben wurde für ein Gesundheitsbad, bei dem es Schließungsüberlegungen gibt, ebenso für die Meisterhäuser, die dann großzügig verschenkt würden für die Umfeldgestaltung des Bauhaus-Museums. Dies sei keine Kritik an den Ausgaben, aber das Geld sei auf Veranlassung der Stadträte weg. Nun sollen 100 Tausend EUR für den Neubau einer Synagoge ausgegeben werden. Dass die Stadt das Grundstück laut MZ-Artikel vom 18.07.2017 gleichzeitig kostenlos zur Verfügung stellt, bleibe in der Beschlussvorlage völlig unerwähnt. Er fragte, ob die 100 Tausend EUR für das Grundstück sind. Zudem wollte er wissen, wie der Stadtrat dazu kommt, nicht vorhandenes Geld zu verschenken und damit den zukünftigen Generationen die Schulden zu hinterlassen. Sie können gern Geld geben, jedoch ihr eigenes – jeder könne spenden. Wenn der Stadtrat das dringendste Bedürfnis hat, städtische Gelder auszugeben, die nicht vorhanden sind, solle er es mit der Förderschule in der Kreuzbergstraße versuchen. Zudem seien an mehreren Kindergärten und städtischen Straßen dringend Sanierungsmaßnahmen nötig.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass der Beschluss nicht das Grundstück beinhaltet. Je nach Wert sei stets ein separater Ratsbeschluss nötig, wenn kommunales Eigentum veräußert werden soll. Noch sei nicht bekannt, inwieweit sich das Land an dem Synagogen-Neubau beteiligen wird. Man sei in guten Gesprächen. Ferner sei es das Königsrecht des Stadtrates, über Geld zu entscheiden. Die Stadträte sind demokratisch legitimiert, solche Entscheidungen zu treffen. Auf die Frage des **Herrn Behrendt**, ob die Grundstücksschenkung noch nicht spruchreif ist, wie es in der Zeitung stand, erklärte der **Oberbürgermeister**, dass es sich zunächst um eine politische Absichtserklärung handelt. Der Beschluss steht noch aus, er werde rechtzeitig erfolgen.

Frau Christine Walther, Fischereiweg 34, 06846 Dessau-Roßlau, sagte, dass die Stadtbezirksbeiräte bereits seit zwei Jahren in der Erprobungsphase sind. Dazu habe es eine sehr holperige Auswertung in der MZ gegeben. In diesem Jahr scheint das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) geändert zu werden. Daher wollte sie wissen, wann aus den Stadtbezirksbeiräten Ortschaftsräte gemacht werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras schilderte, dass die Absicht des Landesgesetzgebers, diese Möglichkeit in das KVG LSA aufzunehmen, bekannt sei. Noch ist das Gesetz nicht beschlossen. Voraussichtlich im Frühjahr werde die erste Lesung dazu stattfinden. Sollte die Ermächtigungsgrundlage geschaffen werden, müsse darüber beraten werden. Bisher ist ihm gegenüber seitens der Stadtbezirksbeiräte noch keine solche Forderung übermittelt worden. Im Übrigen haben die Stadt bzw. die Fraktionen von sich aus, ohne gesetzliche Verpflichtung, beschlossen, Stadtbezirksbeiräte einzurichten. Landesweit habe Dessau-Roßlau den höchsten Stand der demokratischen Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Dieser wurde freiwillig eingeräumt, daher sei nicht nachvollziehbar, dass in Medien steht, dass alles undemokratisch ablaufe. In der Arbeitsgruppe Hauptsatzung sei die Einrichtung von Stadtbezirksbeiräten beschlossen worden, um keine Übermacht von Ortschaftsräten am Rande der Stadt zu haben. Dies sei für die Verwaltung mit erheblichen Anstrengungen verbunden, er verwies auf die Beratungsfolge der Beschlussvorlagen. Das Referat Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten sei personell aufgestockt worden.

Frau Walther hoffte, dass sich die Bürger ebenso sehr wie sie für die Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte mit den Ortschaftsräten einsetzen.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf seine konstruktiven, zwei Mal jährlich stattfindenden Besprechungen mit den Ortsbürgermeistern und Vorsitzenden der Stadtbezirksbeiräte. Viele Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte sind zugleich Stadträte. Die Zusammenarbeit sei ordentlich und die Finanzen geregelt. Es gebe keine Gleichstellung, zudem sind die Stadtbezirksbeiräte nicht gewählt, sondern berufen. Sollten sie gleichgestellt werden, müssten sich die Stadtbezirksbeiräte einer Wahl stellen.

Herr Frank Ginzkey, Alte Leipziger Str. 13, 06849 Dessau-Roßlau, beschwerte sich über den Zustand der ehemaligen Gaststätten Bomsäge und Spars Gaststätte. Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, habe ihm mitgeteilt, dass die Stadt alles unternommen hat, damit von dem Gebäude nichts mehr hinunterfällt. Es wurde ein Netz darüber gespannt, dennoch lasse die Optik sehr zu wünschen übrig. Hinsichtlich Spars Gaststätte habe er Herrn Stadtrat Schönemann darum gebeten gehabt, den Eigentümer festzustellen, alternativ solle dies Herr Meister übernehmen. Außerdem kritisierte er die Straßenbahnüberführung der Linie 4, welche seit mehreren Jahren nicht betrieben werde. Er habe eine Skizze gefertigt. Von der Linie 4 sind die Schienen ab dem Friedhof III bis zur Ludwigshafener Straße herausgenommen worden. Auch am nördlichen Teil wurden direkt hinter den Weichen Schienen entfernt. Diese könne man wieder nutzbar machen, indem man auf Höhe der Gaststätte des Tennisheims zwei Weichen installiert, die weiter über eine Brücke verlaufen sollen. Wenn der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, erneut in Dessau sein sollte, möge der Oberbürgermeister mit ihm eine Besichtigung vornehmen, schließlich handle es sich um ein Millionen-Projekt.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte es als misslich, dass nicht ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind, um die nicht mehr benötigten Schienenanlagen komplett zurückzubauen. Ein Rückbau hat stattgefunden, um für die Trasse in der Kavallerstraße die Schienen für die Umleitungsstrecke nochmal zu verwerten. Aber über die Mulde eine Straßenbahnbrücke zu bauen, liege außerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Bereits die Ostrandstraße und die zweite Muldebrücke haben sich als nicht finanzierbar herausgestellt. Die andere Muldebrücke, die kurz vor dem Abschluss steht, habe bis jetzt 22 Mio. EUR gekostet. Daher bleibe sein Vorschlag eine Vision.

Herr Ginzkey ging weiterhin auf die Friedhofstraße ein, die Stadt solle an den Investor verkaufen.

Frau Mandy Münch, Hauptstraße 143, 06862 Dessau-Roßlau, gab an, angehende Erzieherin dritten Lehrjahrs zu sein, sie habe viele Praktika in der Stadt absolviert. Sowohl Pestalozzi-Schule, Körperbehindertenschule, als auch Horte seien in schlechtem Zustand. Sie seien alt, nicht gut ausgestattet und haben veraltete Spielplätze. In der Pestalozzi-Schule seien die Viertklässler viel zu groß für die Geräte des dortigen Spielplatzes. Sie könne verstehen, dass es an Geld mangelt. Ihrem Anschein nach werde stets an Stellen saniert, die später hätten saniert werden können, statt an denen, wo es dringender ist. Sie fragte, was die Stadt gedenkt, um Schulen und Horte zu unterstützen.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, sprach in Vertretung des Beigeordneten Herrn Krause. Im Investitionsplan der Stadt seien viele Sanierungsmaßnahmen für Schulen und damit auch Horte enthalten. Man könne nicht alle Schulen zur gleichen Zeit sanieren. Nicht jede Schule erfüllt die Voraussetzungen der Förderprogramme. Prioritäten wurde gesetzt; Wunsch ist, alle Schulen einmal zu sanieren.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Berichterstattung zur Gestaltung und Leistungsfähigkeit der Einmündung Wasserstadt/B 185 durch Herrn Maurer, 1. Sb Verkehrsplanung

Die Berichterstattung erfolgte durch **Herrn Maurer, 1. Sachbearbeiter Verkehrsplanung**, in Form einer Power-Point-Präsentation, welche der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Am Ende der Präsentation ging Herr Maurer auf die Unfallzahlen ein und erklärte, dass die tagesaktuelle Zahl laut Verkehrspolizei drei Unfälle in fünf Monaten beträgt. Dabei handelt es sich um leichte Unfälle in Form von Blechschäden, keine Personenschäden. Die verunfallten Fahrzeuge konnten den Unfallort ohne Abschleppauto verkehrssicher verlassen, was laut der Polizei als normales, unauffälliges Unfallverhalten eingestuft wird. Der Knotenpunkt wird von Stadträten und Bürgern hingegen als sehr unfallträchtig beschrieben.

6.2 Sonstige Anfragen und Informationen

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm informierte darüber, dass das Catering für die Sitzungen des Stadtrates von der Essbar, Frau Kühne, übernommen und fair gehandelte Produkte angeboten werden. Der Gedanke des fairen Handels mit anderen Völkern in dieser Welt sollte uns animieren, bei diesen Produkten zuzugreifen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sagte eingehend auf die Äußerungen von Frau Walther in der Einwohnerfragestunde, dass die von Herrn Innenminister Stahlknecht heute unter anderem auch im MDR verkündeten Ambitionen deutlich machen, dass es darauf ankommt, Bürger stärker in die demokratischen Entscheidungsprozesse der Städte und Gemeinden einzubeziehen. Die Stadtbezirksbeiräte sind genau das Instrument, das sich Dessau-Roßlau freiwillig hierzu auferlegt hat. Man könne also von einem Dessauer Modell sprechen und sei einmal nicht abschreckendes Beispiel, sondern vielleicht leuchtendes Vorbild. Die Fraktion Die Linke hatte bereits damals über eine Änderung der Gemeindeordnung angestrebt, wählbare Stadtbezirksbeiräte zu ermöglichen. Dies war nicht möglich, über die Gesetzesinitiative der Landesregierung sei es dann aber machbar. Letztendlich entscheidet der Stadtrat, wie die künftige Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau aussieht. Bezüglich der finanziellen Ausstattung und organisatorischen Unterstützung der Stadtbezirksbeiräte sei man auf einem guten Weg. Es gehe um Gleichbehandlung. Er sehe die Stadtbezirksbeiräte nicht in Konkurrenz zu den Ortschaften, sondern als wertvolle Ergänzung

im Mitbestimmungsprozess der Stadt. Es handle sich um Sensoren des Alltags für die Gestaltung der Politik durch Stadt und Stadtrat.

Darüber hinaus berichtete Herr Schönemann, dass auch die Landesregierung acht Monate vor dem Bauhaus-Jubiläum öffentlich dafür wirbt. Auffällig sei bei der Präsentation, insbesondere bei den Autobahnschildern, dass der Background der Stadt fehlt. Der Slogan „Bauhaus macht Schule“ sei ebenfalls fraglich. Er fragte, ob die Begleitung des Bauhaus-Jubiläums gemeinsam zwischen der Stiftung Bauhaus Dessau, der Landesregierung und der Stadt Dessau-Roßlau erfolgen wird, sodass bei öffentlichen Auftritten die positive Botschaft und die Emotion herüberkommen „Das sind wir, das ist unsere Stadt. Wir haben ein Jubiläum 2019, das hat Bedeutung von Weltrang.“

Des Weiteren bat er Herrn Stadtrat Adamek, gemeinsam mit der CDU-Fraktion den Ministerpräsidenten Herrn Haseloff nach Dessau-Roßlau einzuladen. Hinsichtlich der Körperbehindertenschule, des Kurshauses und der Sporthalle des Walter-Gropius-Gymnasiums sei das Land gefragt und ein Vororttermin zu organisieren, in dem eine Positionierung der Landesregierung abgefragt werden soll. Die Stadt könne noch so viel Vorleistung tätigen, Notwendigkeiten definieren und kreativ sein – ohne Unterstützung des Landes sei die Stadt schlecht dran. Das müsse vorbei sein, Dessau-Roßlau sei immerhin drittes Oberzentrum des Landes. Gleichberechtigte Landesentwicklung sehe aus seiner Sicht anders aus.

Frau Storz, SPD-Fraktion, ging auf den Vortrag von Herrn Maurer ein und bedankte sich für die Erläuterungen. Abseits der historischen Gründe für das Rondell gebe es aktuelle Beispiele, wie Rom, Paris und München, die allesamt sehr große, leistungsfähige Kreisverkehre haben. Sie stelle sich die Frage, warum das in Dessau nicht auch möglich sei. Sicherlich seien die Verkehrsbewegungen nicht mit denen in München zu vergleichen, dennoch wünsche sie sich, dass die Ampeln bei vorheriger Bekanntmachung zur Unfallvermeidung einmal abgeschaltet werden. Es solle getestet werden, wie ein Kreisverkehr funktionieren könnte. Dabei solle die Ampel nicht mitten im Kreisverkehr auf Rot stehen, die nach Waldersee Fahrenden sollen nicht warten müssen und es solle sich nicht zurückstauen. Auch sollen keine zwei Spuren befahren werden, sondern nur eine breite, wo LKWs mit ihren Wendekreisen besser fahren können. Die Möglichkeit dieses Experimentes solle bedacht werden.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, berichtete, bereits in Halle (Saale) für Erklärungen zur Funktionalität von Stadtbezirksbeiräten zur Verfügung gestanden zu haben. D. h. Halle macht Dessau-Roßlau nach, der Impuls war folglich richtig. Zudem erklärte er, mit dem Rondell an der Muldebrücke sehr einverstanden zu sein. Es sei erfreulich und schnell zu befahren.

Des Weiteren berichtete Herr Hoffmann, dass am 22.01.2018 auf dem Portal des „KinderStärken e. V.“ die Information veröffentlicht wurde, dass Kommunen ab sofort Anträge auf eine Förderung von Pilotvorhaben für Kinder- und Jugendbeteiligung stellen können. Er erinnerte sich an die Diskussion zur Finanzierung des Kinder- und Jugendbeauftragten. Fristende für den Antrag war am 22.02.2018. Er fragte, ob die Stadt einen Antrag gestellt hat, um an der Förderung zu partizipieren und den Kinder- und Jugendbeauftragten zu stärken.

Frau Wendeborn, Vertreterin des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, erklärte, den Antrag nicht gestellt haben zu können. Erst am Montag, den 19.02.2018 sei die Information eingegangen, Fristende war Donnerstag, der 22.02.2018. Sie verwies auf die Kürze der Zeit.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies auf seine Frage in der Sitzung des Stadtrates am 18.10.2017 nach der Notwendigkeit einer Lichtsignalanlage an der Tannenhegerbrücke in Bezug auf die Zeitersparnis, die entstünde, wenn auf der Helmut-Kohl-Straße wieder durchgängig 70 km/h gefahren würde. Eine weitere Frage bezog sich auf den Sachverhalt Köthener Straße. Seit Längerem liege der Vorschlag der Anwohner vor, einen Fußgängerüberweg einzurichten. Er war überrascht, dass innerhalb 24 Stunden ca. 10.000 Autos die Köthener Straße befahren, das sind 2.500 zu viel für einen Fußgängerüberweg. Weil man schlecht über die Straße kommt, ist ein Fußgängerüberweg nicht möglich – dies sei schwer nachvollziehbar. Seine Fragen gab er schriftlich ab (siehe **Anlage 2**). Im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt habe es zur Frage von Herrn Adamek Erläuterungen gegeben. Im Rahmen der Lärmentwicklungsplanung gebe es Bemühungen – zuletzt hieß es, die Unterlagen werden zur Beantragung des Tempolimit 30 km/h erarbeitet. Er fragte nach dem Bearbeitungsstand. Ferner kritisierte er, dass ihm im Antwortschreiben zu o. g. Frage im Grunde nur mitgeteilt wurde, wie es nicht geht. Alternativen wurden nicht benannt, sodass er sich selbst mit der Richtlinie beschäftigt hat. Bei aller Verkehrsbelastung, selbst, wenn dort Tempolimit 30 km/h eingerichtet wird, sei zu überlegen, wenigstens eine Querungshilfe oder dergleichen zu ermöglichen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, entgegnete, das Thema Tempo 30 km/h in der Köthener Straße sei aktuell in Bearbeitung. Die Stellungnahmen vom Tiefbauamt, der Polizei sowie das Lärmschutzgutachten liegen vor. Nun müsse ein Abwägungsgutachten erarbeitet und anschließend der Antrag an die Fachaufsicht beim Landesverwaltungsamt gestellt werden. Die Fertigstellung des Gutachtens ist bis Ende April geplant, dann erfolge die Antragstellung.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, ging auf eine Ablehnung der DEKITA an eine Bürgerin ein. Aus dem Schreiben gehe hervor, dass sämtliche Kapazitäten für einen Krippenplatz ausgeschöpft sind, d. h. für eine nach Dessau ziehende, alleinerziehende Mutter ist kein Krippenplatz vorhanden. Die Frau sei an das Jugendamt verwiesen worden. Dort wurde ihr eine Liste zur telefonischen Abfrage der freien Träger ausgehängt. Auch da konnte ihr kein freier Platz zugesichert werden. Daraufhin hat die CDU-Fraktion eine Anfrage gestellt. Tatsächlich sind die Krippenplätze der DEKITA derzeit mit 105,6 % ausgelastet. Die letzte Betriebsausschuss-Sitzung hat im November stattgefunden. Die nächste ist für den 14.03.2018 geplant, sie bat um das Stattfinden. In der Sitzung müssen dringend die Kapazitäten besprochen werden.

Frau Wendeborn, Vertreterin des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, erwiderte, dass die Sitzung so geplant ist und aller Voraussicht nach stattfindet.

Frau Benckenstein erklärte, dass im Nachgang ein Krippenplatz zugewiesen werden konnte, weil eine andere erziehungsberechtigte Person den Platz nicht in An-

spruch genommen hat, d. h. die Person ist nicht zum Termin erschienen. Dennoch sei die Situation kritisch und müsse geklärt werden.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, wandte sich an Herrn Schönemann und widersprach vehement der Aussage, dass Dessau-Roßlau das dritte Oberzentrum ist. Die Stadt ist eines von drei Oberzentren in Sachsen-Anhalt. Man unterschätze sich selbst. Die Aussage sei ebenso regelmäßig im Wortlaut der Landesregierung wiederzufinden.

2017 wurde eine Anfrage zur Beleuchtung der B185 gestellt. Die Beleuchtung werde immer mehr zum Problem, er sei von mehreren Anwohnern angesprochen worden. Es handle sich um eine Kombination aus innerer Sicherheit und Wohlfühlen der Anwohner. Wenn man die B185 um 23 Uhr oder später entlangfährt, sei es dort extrem dunkel. Die Gehwege sind nicht ausreichend beleuchtet, die Anwohner verlassen ihre Wohnungen um die Uhrzeit nicht mehr freiwillig. Er bat darum abzuwägen, was wichtiger ist: die Stromkosten bzw. die Möglichkeit, wenigstens jede zweite große Laterne anzuschalten oder das Wohlfühlen der Bürger.

Zum Thema Demografie wurde stets gesagt, dass der demografische Wandel auf die Stadt zukommt und sie überaltert. Aktuell gibt es im Stadtgebiet mehrere Hundert freie Fachkraft-Arbeitsplätze. Unternehmen suchen hängierend nach Arbeitskräften. Wann die Fachkräfte nach Dessau-Roßlau kommen, sei abhängig von den weichen Standortfaktoren. Dazu zählen u. a. die Kita-Plätze. Wenn diese nicht zur Verfügung stehen, suchen sich die Leute eine Stelle, wo sie auch einen bekommen. Im letzten Jahr wurde über Fördermittel für Kita-Plätze debattiert und darüber, ob die Sanierung oder der Neubau einer Einrichtung unterstützt wird. Man habe sich für eine Sanierung entschieden, obwohl viele einen Neubau aktuell für wesentlich wichtiger gehalten haben. Bei einer Auslastung von 95 bis 100 %, in einigen Einrichtungen sogar von über 100 %, besteht dringender Handlungsbedarf. Wenn man keine Kinder in der Stadt hat, hat man auch keine Jugend in der Stadt, irgendwann auch keine Auszubildenden. Da Dessau-Roßlau kein Universitätsstandort ist, sind langsam, aber sicher alle Jugendlichen weg. Dann habe die Stadt das demografische Problem. Hinzu kommt die Diesel-Problematik. Er hofft, dass die Stadt nicht darüber nachdenkt, das Zentrum dieselfrei zu machen, weil man sonst wieder auf das Thema Ostrandstraße zurückkommt. Der zumeist mit Diesel fahrende Schwerverkehr dürfte dann nicht mehr die Innenstadt befahren. Summa summarum solle groß gedacht und angefangen werden, Dinge zu bewegen, längst gefasste Beschlüsse umzusetzen und etwas zu Ende zu bringen, statt sich selbst immer in Frage zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte zu, dass wenn keine schnelle Entlastung der Kindertageseinrichtungen erfolgt, der Zuzug in die Stadt entfällt. Derzeit werden drei Kindertagesstätten geplant, die auch umgesetzt werden sollen. Untätigkeit sei der Verwaltung und den Ausschüssen nicht vorzuwerfen. Man müsse schnell zum Abschluss der Planungen kommen. Eine Abwanderung wegen des Platzmangels in den Einrichtungen in die großen Städte sei nicht zu befürchten, da in Magdeburg und Leipzig noch viel weniger Plätze zur Verfügung stehen. Das mache es nicht besser, sei aber zu erwähnen.

Betreffs der Beleuchtung fragte er, um welchen Abschnitt der B185 es sich handelt. Hinsichtlich der Diesel-Entwicklung schilderte der Oberbürgermeister, dass kein Parameter überschritten wurde und das Problem in der Stadt nicht besteht.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, gab an, irritiert über die Kita-Diskussion zu sein. Jeder Stadtrat müsste mitbekommen haben, dass in der Haushaltsdiskussion Planungskosten für den Bau von Kindereinrichtungen eingestellt wurden. Auch sei bekannt, dass der Sozialdezernent das Zentrale Gebäudemanagement beauftragt hat, sich mit der Problematik zu befassen. Die Mitglieder des Ausschusses müssten wissen, dass man sich bemüht hat, an die verkaufte Einrichtung hinter dem Dessau-Center heranzukommen, um eine schnelle Kompensation zu ermöglichen. Vieles sei in Prüfung oder in Bearbeitung. Im Stadtrat sei der Eindruck entstanden, dass Konfusion herrscht und Chaos zu befürchten ist. Das sei unrichtig, dennoch bestehe Handlungsbedarf. Die Stadträte seien unlängst umfänglich informiert worden.

Frau Benckenstein betonte entgegennend, dass jetzt Handlungsbedarf besteht, da die Einrichtungen jetzt ausgelastet sind.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm übergab die Sitzungsleistung an seinen ersten Stellvertreter, Herrn Hoffmann.

Im Folgenden verlas Herr Ehm ein Schreiben zur Ausstellung „Frieden – Von der Antike bis heute“ in Münster, welches der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Anschließend übernahm der Stadtratsvorsitzende wieder die Sitzungsleitung. Da keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, eröffnete er eine **Pause** (18:00 bis 18:30 Uhr).

7 Beschlussfassungen

7.1 Rücktritt und Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: FV/003/2018/StR

Gegen den Vorschlag des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Ehm**, über den Rücktritt und die Neuwahl offen abzustimmen wurden keine Einwände seitens der Stadträte vorgebracht.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Rücktritt von Herrn Andreas Gelies zu und wählt auf Vorschlag des K.I.E.Z. e.V. Dessau **Herrn Marcus Geiger als stimmberechtigtes Mitglied** in den **Jugendhilfeausschuss**.

Abstimmungsergebnis:

Rücktritt Herr Gelies: 35:00:01
Wahl Herr Geiger: 31:00:04

7.2 Erklärung des Stadtrates - Beitritt zum Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie Vorlage: FV/005/2018/V-StR

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, stellte den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass über diesen Geschäftsordnungsantrag abgestimmt werden muss und bat dementsprechend um das Handzeichen.

Seitens der Fraktion Die Linke kam der Einwurf, dass dieser Antrag ausreichend ist. **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates** bemerkte, dass die namentliche Abstimmung nach Antragstellung erfolgen muss.

Daraufhin rief **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, zur namentlichen Abstimmung (in alphabetischer Reihenfolge) auf.

Nachdem Herr Adamek bereits mit Ja geantwortet hatte, kam aus den Reihen der Stadträte die Frage nach der Diskussion zur Beschlussvorlage auf. **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, verwies darauf, dass nach dem Diskussionsbedarf gefragt wurde, aber außer Herr Berghäuser sich niemand zu Wort gemeldet hat. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bemerkte, dass zur Diskussion aufgerufen wurde und man sich jetzt bereits in der Abstimmung befindet.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erhielt das Wort und legte dar, dass sich die Freie Fraktion an diesem Aufruf nicht beteiligen wird, was sie begründen wolle. In der Anlage 1 der Beschlussvorlage ist der Satz aufgeführt: „Wir wollen den Neonazis zeigen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger für eine friedliches, tolerantes, gewaltfreies Miteinander in Dessau-Roßlau stehen ...“. Die Fraktion ist aber der Meinung, dass denen gar nichts gezeigt werden muss. Es handelt sich leider um eine genehmigte Veranstaltung, aber es sollte darauf nicht reagiert werden, denn das erfolgt seit Jahren und trotzdem machen sie das immer wieder. Wenn gar nicht darauf reagiert wird, wird vielleicht mehr erreicht.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden des Stadtrates** wurden keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht, so dass **Herr Ehm** die einzelnen Stadträtinnen und Stadträte namentlich zur Abstimmung zum Beschluss der Vorlage aufrief.

Die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte gaben folgendes Votum ab:

Herr Adamek Ja, Frau Benckenstein Nein, Herr Berghäuser Ja, Herr Bierbaum Enthaltung, Herr Busch Ja, Herr Dreibrodth Nein, Frau Ehlert Ja, Herr Ehm Ja, Herr Fessel Ja, Herr Glathe Enthaltung, Herr Grünthal Ja, Herr Hartmann Ja, Herr Herbst Enthaltung, Herr Hernig Nein, Herr Hoffmann Ja, Herr Kleinschmidt Ja, Herr Krüger Ja, Herr Oberbürgermeister Kuras Ja, Herr Meier Ja, Herr Dr. Melchior Ja, Frau Müller, Christa Enthaltung, Herr Otto Ja, Herr Pätzold Ja, Herr Pietzsch Nein, Herr Puttkammer Ja, Herr Präger Ja, Herr Rumpf Enthaltung, Herr Schönemann Ja, Herr

Schlecht-Pesé Ja, Herr Semper Ja, Frau Stabbert-Kühl Ja, Frau Stöbe Ja, Frau Storz Ja, Herr Tschammer Ja.

Herr Ehm gab nach der Auszählung der namentlichen Abstimmung das Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage bekannt (s. Beschluss).

Beschluss:

Die Fraktionen des Stadtrates Dessau-Roßlau unterstützen den Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie – Bunt statt Braun – eine Menschenkette für Frieden und Toleranz am 10. März 2018 und rufen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau-Roßlau auf, sich an der Menschenkette sowie an den friedlichen und kulturellen Aktivitäten am demokratischen Protest zu beteiligen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass in unserer Stadt kein Platz für Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhasse und Gewalt ist.

Abstimmungsergebnis: 25:04:05

Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ergriff **Frau Storz, SPD-Fraktion und 2. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates**, das Wort und legte auf die eingangs gestellte Frage, ob auf Antrag eines Stadtrates eine namentliche Abstimmung durchgeführt werden kann, dar, dass gemäß der Geschäftsordnung mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates eine namentliche Abstimmung verlangt werden kann. Es wurde nicht darüber abgestimmt, ob eine namentliche Abstimmung von der Mehrheit des Stadtrates verlangt wird. Da alle Stadträtinnen und Stadträte aber mit Ja, Nein oder Enthaltung geantwortet haben, wird von einem konkludenten Verhalten ausgegangen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, stellte fest, dass über die Durchführung der namentlichen Abstimmung hätte abgestimmt werden müssen und verwies darauf, dass er dies auch zur Abstimmung gestellt hatte. Er dankte Herrn Berghäuser für die Fehlinformation.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verließ Herr Gebhardt, CDU-Fraktion, die Sitzung.

7.3 Integrationskonzept der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/422/2017/I-OB

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke, regte an, das Integrationskonzept auch im Jugendhilfeausschuss zu besprechen.

Da das Dokument eine sehr weitreichende Bedeutung für die Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus hat und intensiv diskutiert wurde, bat **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, um eine geschlossene Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das vorliegende Integrationskonzept der Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: 29:00:04

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verließ Herr Hernig, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, die Sitzung.

**7.4 Veränderungssperre für den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1
"Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum
Mannheimer Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/420/2017/III-61**

Beschluss:

Die Satzung über die Veränderungssperre (Anlage 3) wird gemäß §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

**7.5 12. Änderung Flächennutzungsplan Dessau "Fachmarktzentrum
Mannheimer Straße"
Vorlage: BV/446/2017/III-61**

Beschluss:

Die Aufstellung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau für die zukunftsfähige Sicherung des Fachmarktzentums an der Mannheimer Straße wird für das in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen.

Ziel des Verfahrens ist die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für die beabsichtigte Klarstellung der Handelsnutzung an der Mannheimer Straße über den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße“ im Parallelverfahren nach § 8 Absatz 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

**7.6 7. Änderung und zugleich Ergänzung des Flächennutzungsplanes für
den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/003/2018/III-61**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

7.7 Bebauungsplan Nr. 164 "Flössergasse" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: BV/001/2018/III-61

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, erklärte sich befangen und nahm an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Beschluss:

1. Den in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 164 „Flössergasse“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevanten Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:01

7.8 Richtungsbeschluss zum Umgang mit der ehemaligen Gemeinschaftsunterkunft Waldstr. 15 in Roßlau
Vorlage: BV/371/2017/III-65

Beschluss:

1. Die Liegenschaft Waldstr. 15 wird wie sie steht und liegt aktiv zum Verkauf beworben.
2. Innerhalb eines Vermarktungszeitraums von 2 Jahren erfolgt ein nutzungsunabhängiger Funktionserhalt (Substanzsicherung und Frostfreihaltung).
3. Soweit innerhalb des Vermarktungszeitraums kein Interessent gefunden werden kann, und keine anderweitige Nutzung durch den Stadtrat beschlossen wird, werden die Gebäude in Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes aufgegeben (kein Funktionserhalt mehr ab Winter 2020/2021).
4. Die im Lageplan (Anlage 3) orange dargestellten Flächen werden der DeKiTa für den Jugendclub weiterhin zur Verfügung gestellt, so lange dies der Vermarktung nicht entgegensteht.
5. Zur Verbesserung der Auslastung des vom Jugendclub genutzten Sozialtraktes wird Roßlauer Vereinen eine temporäre Mitnutzung angeboten.

Abstimmungsergebnis: 32:01:00

7.9 Herauslösung der öffentlichen Toiletten aus der Ausschreibung der Außenwerberechte in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/452/2017/III-66

Beschluss:

1. Die öffentlichen Toilettenanlagen werden aus der Ausschreibung der Außenwerberechte der Stadt Dessau-Roßlau herausgelöst und separat vergeben.

2. Die verschiedenen Standorte, Modelle und Betreibermöglichkeiten für die öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau sind zu prüfen. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat zur Bestätigung vorzulegen.
3. Die Beschlussvorlage „Konzept für die Werbung auf öffentlichen Flächen der Stadt Dessau-Roßlau“ (BV/325/2016/III-66) wird dahingehend geändert, dass die öffentlichen Toilettenanlagen außerhalb der Ausschreibung der Werbe-rechte vergeben werden sollen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.10 **Ausbau Fuchswinkel, nördlicher Teil
- **Maßnahmebeschluss** -
Vorlage: **BV/466/2017/III-66****

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprach dem Arbeitskreis der Ortschaftsräte, insbesondere den Ortsbürgermeistern, seinen Dank aus, da es seit langem das erste Projekt ist, welches mit Bürgerbeteiligung in einem Vorort eine Straße im Rahmen der Straßenausbaubeitragssatzung auf den Weg bringt. Da es auch persönliche Beiträge der Einwohner abverlangt, schätzt er umso mehr auch die Arbeit des Ortschaftsrates Mosigkau. Eine Mitbestimmung vor Ort kann eine Menge bewegen und es werde dann im Interesse des Gemeinwesens manches möglich. Deshalb sollte diese Strategie weiterhin verfolgt werden, denn so gestaltet man eine Stadt im Interesse der Bürger.

Beschluss:

Die Baumaßnahme Ausbau Fuchswinkel, nördlicher Teil wird mit einem Wertumfang von ca. 165.100 € realisiert.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.11 **Übertragung von Kassengeschäften an Dritte in Kultureinrichtungen
Vorlage: **BV/344/2017/IV-41****

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau überträgt gemäß § 117 (1) Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt – KVG LSA die Kassengeschäfte in Kultureinrichtungen an eine befugte Firma.

Abstimmungsergebnis: 32:00:01

7.12 **Sportförderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: **BV/102/2017/IV-52****

Diese Sportförderrichtlinie wurde in den Ausschüssen und Fraktionen umfangreich diskutiert, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. In letzter Sekunde habe er aber noch einen Änderungsantrag erhalten. Da dieser aber sehr spät an ihn herangetragen wurde, sollte an der vorliegenden Sportförderrichtlinie nichts mehr

geändert werden, da sie für den Haushalt 2018 bedeutsam ist, um entsprechende Finanzen zu tätigen. Für die Novellierung der künftigen Satzung wolle er einen Vorschlag der Rudervereinigung Dessau e. V. unterbreiten, der eine bessere Differenzierung zwischen Amateursport und Berufssport darstellt. Diese Auffassung könne er teilen, da eine tüchtige Vermengung der Dinge besteht. Das ist bei weitem nicht dasselbe und verlangt andere Lösungen, auch für künftige Satzungen. Die jetzige Richtlinie erfüllt zumindest den Zugang für den Haushalt 2018, aber für die Zukunft sollte über die Aspekte, was ist Spitzensport konkret und wie ist er definiert, gesprochen werden. In den Satzungen von Halle, Leipzig und Ludwigshafen nimmt man das anders auf und trennt eindeutig diesen Teil des Amateurbereiches, der unterschiedliche Zugangsbedingungen gegenüber dem professionellen Bereich hat. Es sind auch Sportarten gefragt, die nicht die Lobby besitzen, aber einen großen sozialen Beitrag in der Stadt leisten.

Dieser Vorschlag wird für die Perspektive auf Wiedervorlage gelegt, erklärte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Beschluss:

Die vorliegende Sportförderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:00:03

**7.13 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung eines "Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems" für die Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/355/2017/IV-80**

Beschluss:

1. Auf der Grundlage der als Anlage beigefügten Entwurfsplanung wird die Umsetzung eines „Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems“ für die Stadt Dessau-Roßlau beschlossen.
2. Das „Gesamttouristische Leit- und Informationssystem“ wird analog (plastische Elemente im Stadtraum/Beschilderung) und digital (Smartphone basierte App für Android und iOS) umgesetzt.
3. Die für die Umsetzung des „Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems“ erforderlichen Haushaltsmittel für die analoge und digitale Umsetzung werden in den Finanzplan investiv 2018 ff. eingestellt.
Die Umsetzung des „Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems“ erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung der förderfähigen Ausgaben durch die Bereitstellung von Mitteln aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit einer Förderquote in Höhe von 90 % gesichert ist.

Kosten analoge Umsetzung

Planungsleistungen: 282.300 €

Kosten für Herstellung und Aufstellung der Elemente: 1.018.000 €

Kosten digitale Umsetzung (Konzeption und Umsetzung) 95.000 €

4. Veraltete touristische Ausschilderungen werden im Rahmen der Umsetzung des „Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems“ ersatzlos zurückgebaut. Dazu gehören insbesondere die EXPO-Stelen, die Ausschilderung Anhalt I 800-Willkommem in Anhalt, die unvollständige fußläufige Ausschilderung, die Willkommensschilder an den Stadteingängen und sonstige touristische Informationstafeln. Elemente der landesweiten Ausschilderung, insbesondere für den Radverkehr, bleiben erhalten. Die bestehende Ausschilderung der Städtepartnerschaften wird im Design an das „Gesamttouristische Leit- und Informationssystem“ angepasst.
5. Das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Dessau-Roßlau ist verantwortlich für die Umsetzung der folgenden Leistungsstufen:
- Leistungsstufe 2 – Vorplanung (abgeschlossen)
 - Leistungsstufe 3 – Entwurfsplanung (abgeschlossen)
 - Leistungsstufe 4 - Genehmigungsplanung
 - Leistungsstufe Sonstiges-Objektbetreuung

sowie für

- die Erstellung der Inhalte des analogen Systems
- die digitale Umsetzung
- die Aquse der Fördermittel und deren Verwendung.

Die Projektleitung für die

- Leistungsstufe 5 – Ausführungsplanung und
 - Leistungsstufe 6 – Vorbereitung der Vergabe der Bauleistungen
- erfolgt durch das Amt für Wirtschaftsförderung. Die für diese Leistungsstufen erforderliche Fachkompetenz ist durch das Tiefbauamt sicher zu stellen, um die Übernahme der Leistungsstufen 7 bis 9 durch das Tiefbauamt zu gewährleisten.

Das Tiefbauamt der Stadt Dessau-Roßlau ist verantwortlich für die Umsetzung der folgenden Leistungsstufen

- Leistungsstufe 7 - Mitwirkung bei der Vergabe der Liefer-und Montageleistungen
- Leistungsstufe 8 - Bauüberwachung
- Leistungsstufe 9 - Gewährleistungsüberwachung

sowie für

- die Instandhaltung nach Umsetzung des „Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems“.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, schloss den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte Nichtöffentlichkeit her.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau, verwies darauf, dass bei den meisten Beschlussvorlagen das Votum der Ausschüsse und des jeweiligen Ortschaftsrates fehlt. Er bat das Präsidium darum, künftig die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekanntzugeben.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss die Sitzung um 19.20 Uhr.

Dessau-Roßlau, 19.04.18

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

S. Kahl
Schriftführerin